



Pressemeldung

Ruth Ratter, MdL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
"Auf vielen Wegen die gemeinsame Schule für Alle erreichen"

Zu einem zweiten Meinungsaustausch trafen sich am 15.11.11 die bildungspolitische Arbeitsgruppe der GRÜNEN im Landtag, an ihrer Spitze Ruth Ratter, MdL, mit Vorstandsmitgliedern der unabhängigen, rheinland-pfälzischen Initiative „EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e. V.“.

Im Zentrum des Gesprächs stand die Frage, wie das rheinland-pfälzische Schulsystem gemäß den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention in ein inklusives System weiterentwickelt werden kann.

Nach Vorstellung der GRÜNEN ist die Lehrerbildung eine entscheidende Voraussetzung für die inklusive Schule. Deshalb müssten grundsätzlich Inhalte der Förderpädagogik genereller Bestandteil der Lehrerbildung werden. Entsprechend will die Fraktion der GRÜNEN auf das für diese Legislaturperiode geplante Lehrerbildungsgesetz einwirken und der Inklusion auch dort einen großen Stellenwert beimessen. Frau Ratter signalisierte der Initiative großes Interesse an den stets fachlich fundierten Vorschlägen von EINE Schule für ALLE für die GRÜNE Fraktion, die den Verein seit seiner Gründung 2009 mit Hoffnung, Respekt und breiter Zustimmung begleitet.

Um möglichst viele Schulen in den Inklusionsprozess einzubeziehen, möchten die GRÜNEN "mehrgleisig" vorgehen, z. B. auch dadurch, dass bestehende Förderschulen sich für Regelschulen öffnen und die Gymnasien auf ihrem Weg zum gemeinsamen Unterricht unterstützt werden sollten.

GRÜNE und Initiative waren sich einig, dass es ein wichtiger Schritt zur Inklusion sei, wenn die in Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Sprache und Lernen vorhandene Kompetenz möglichst bald in das Regelschulsystem überführt würden. Eine Konsequenz dieser Notwendigkeit, so die Vertreter der Initiative, bestehe darin, dass alle schulpflichtigen Kinder an der jeweils zuständigen Grundschule angemeldet werden, um Inklusion von Anfang an zu ermöglichen.

Nach Auffassung der GRÜNEN sei dies eine grundsätzlich richtige Forderung, dennoch sollte für die Eltern – nach gründlicher Beratung – eine Wahlfreiheit zwischen Förder- und Regelschule bestehen bleiben. Seitens der Initiative wird darauf hingewiesen, dass das Fortbestehen beider Systeme dauerhaft die Qualität der Förderung in Frage stellt, abgesehen davon, dass dieses Nebeneinander nicht finanzierbar sein wird.

Zur Umsetzung der Inklusion planen die GRÜNEN für das nächste Jahr eine parlamentarische Anhörung.

Um die Grundschule bei der Umsetzung der Inklusion zu stärken, muss nach Auffassung der Gesprächspartner in die Grundschulordnung mehr inklusives Gedankengut einfließen. Entsprechende Änderungsvorschläge wurden seitens der Initiative vorgelegt. Dabei stand im Zentrum der Diskussion die – nach Auffassung der Initiative – längst überfällige Abschaffung der Grundschulempfehlung; denn sie steht durch ihre äußerst sozialelektive Wirkung der Forderung nach Chancengleichheit diametral entgegen.

Die für jede Schülerbiographie wichtige Frage des Übergangs von Kita zur Grundschule sollte nach Vorstellung der Initiative durch eine dreijährige flexible Eingangsstufe gelöst werden, die es Kindern ermöglicht – gemäß ihrer emotionalen, sozialen und intellektuellen Entwicklung – diese Eingangsstufe schneller oder langsamer zu durchlaufen.

Einen solchen Übergang von Kita zur Grundschule würden die GRÜNEN begrüßen, dazu sollten Projekte ermöglicht werden. "Generell", so Frau Ratter, "sollte die Kita stärker in die Umsetzung von Inklusion einbezogen werden, um damit schneller die gemeinsame Schule zu erreichen".

Zum Ende des Treffens wurden weitere Gespräche verabredet.